

16.04. 2026

Dunkle Wolken über dem Arbeitsmarkt im Bankensektor

Von PPS

(Zürich)(PPS) **Das Bankpersonal durchlebt eine schwierige Zeit. Die Arbeitslosenquote im Bankensektor ist so hoch wie nach der Finanzkrise 2010 und steigt weiter. Der Schweizerische Bankpersonalverband warnt davor, dass der Bundesrat mit übertriebenen Regulierungsvorschriften die Situation weiter verschlimmert. An der Generalversammlung der UBS hat SBPV-Vizepräsidentin Natalia Ferrara den Bundesrat aufgefordert, einen Kompromiss zu finden. Die UBS soll auf der anderen Seite eine verbindliche Zusicherung zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Schweiz abgeben.**

Vor drei Jahren brach die Credit Suisse zusammen und der Bundesrat hat mit Notrecht die Übernahme durch die UBS erwirkt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der Schweizerische Bankpersonalverband haben bereits an einer Medienkonferenz am 21. März 2023 kritisiert, dass die Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Notübernahme kein Thema waren.

Bundespräsident Parmelin hat in dieser kritischen Phase die Sozialpartner getroffen und sich dafür eingesetzt, dass die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS sozialverträglich und unter Einbezug der Sozialpartner gestaltet wird. Am 30. August 2023 haben die beiden Banken mit den internen und externen Sozialpartnern eine Vereinbarung abgeschlossen. Die Integration der Credit Suisse in die UBS ist mittlerweile weit fortgeschritten und deren Folgen für die Mitarbeitenden in der Schweiz konnte unter anderem aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Vereinbarung stark abgefedert werden.

Leider waren die Arbeitnehmenden und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt aber in der darauffolgenden Diskussion über die Folgen des Credit Suisse Untergangs bis heute kein Thema: Weder in der Sondersession im April 2023 noch im Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität vom 10. April 2024 und auch nicht bei der aktuellen Diskussion um die Verschärfung der Bankenregulierung.

Dunkle Wolken über dem Arbeitsmarkt im Bankensektor

Das Bankpersonal durchlebt eine schwierige Zeit. Die Arbeitslosenquote im Bankensektor ist so hoch wie nach der Finanzkrise 2010 und in der Covid-Pandemie. Und das zu einem Zeitpunkt, wo die Aussichten aus verschiedenen Gründen eine weitere Verschlechterung befürchten lassen:

- Der Abbau von Arbeitsplätzen wird durch den Abschluss der Integration der Credit Suisse in die UBS in den kommenden Monaten weitergehen;
- In den letzten beiden Jahren gab es eine signifikante Zunahme von Restrukturierungen und Stellenabbau bei verschiedenen Banken in der Schweiz, bei denen der Schweizerische Bankpersonalverband in Sozialplanverhandlungen einbezogen war;
- Die aktuelle Weltlage erhöht die Unsicherheit auch in der Finanzindustrie;
- Digitalisierung und Einsatz von KI werden in den nächsten Jahren zu Umwälzungen in der Arbeitsweise in den Banken und auch zum Wegfall von Arbeitsplätzen führen.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes im Bankensektor sind also nicht gut. Trotzdem hat der Bundesrat letztes Jahr Verschärfungen der Bankenregulierung vorgeschlagen, ohne die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Arbeitnehmenden und den Arbeitsmarkt untersucht zu haben.

Aus Sicht des Schweizerischen Bankpersonalverbandes muss der Bundesrat bevor er Beschlüsse zur Bankenregulierung fällt, deren möglichen Auswirkungen für die 120'000 Bankmitarbeitenden in der Schweiz und den Arbeitsmarkt ernsthaft prüfen und die Sozialpartner anhören. Dies erst recht in einer Zeit, in der die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt der Bankenbranche sich verdüstern und dunkle Wolken aufziehen.

Eindringliche Botschaft an der GV der UBS

An der Generalversammlung der UBS hat SBPV-Vizepräsidentin Natalia Ferrara den Bundesrat eindringlich aufgefordert, einen Kompromiss zu finden. Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie Kompromisse sucht und findet. Für den Schweizerischen Bankpersonalverband ist klar, dass das auch in der Frage der Bankenregulierung so geschehen muss. Dies erst recht in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit in der Bankenbranche steigt und weiter dunkle Wolken aufziehen.

Gleichzeitig wandte sich Natalia Ferrara aber auch an die Spitze der UBS, insbesondere an den Präsidenten Kelleher und den CEO Ermotti: *„UBS soll ihren Hauptsitz in der Schweiz behalten und sich für die über 32'000 Mitarbeitenden in der Schweiz einsetzen.“* Beide haben auf die Aufforderung von Natalia Ferrara reagiert und unmissverständlich festgehalten, dass die UBS den Hauptsitz in der Schweiz behalten will.

Der Schweizerische Bankpersonalverband erwartet von der UBS als Schweizer Bank in diesem Sinn auch in Zukunft:

- einen Verwaltungsrat und eine Konzernleitung, die den Schweizer Werten verpflichtet sind;
- ein klares Bekenntnis der UBS zur Beschäftigung in der Schweiz und ein Verzicht auf die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland;
- die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung gegenüber dem Personal;

die Weiterführung der jahrzehntelang gelebten Tradition einer konstruktiven Sozialpartnerschaft.

Pressekontakt:

Schweizerischer Bankpersonalverband SBPV
Beethovenstrasse 49, 8002 Zürich

Natalia Ferrara, Vizepräsidentin SBPV
natalia.ferrara @ sbpv.ch

Kategorie

Handel & Finanzen & Wirtschaft

Source URL: <https://www.presseportal-schweiz.ch/pressemeldungen/dunkle-wolken->

ueber-dem-arbeitsmarkt-im-bankensektor